

Bundespräsident Gauck wirbt für Auslandseinsätze der Bundeswehr

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundespraesident-gauck-wirbt-fuer-auslandseinsaetze-der-bundeswehr-a-838386.html>

DPA

Joachim Gauck fordert von den Deutschen mehr Offenheit für Auslandseinsätze der Bundeswehr - und bemängelt eine gewisse Distanz der Bürger zu den Streitkräften: "Dass es wieder deutsche Gefallene gibt, ist für unsere glücksüchtige Gesellschaft schwer zu ertragen", sagt der Bundespräsident.

Hamburg - Joachim Gauck ist erst seit wenigen Wochen im Amt, aber der 72-Jährige macht zunehmend deutlich, dass er als Bundespräsident klare Botschaften senden möchte - jetzt hat das Staatsoberhaupt deutliche Worte zum Thema Bundeswehr gewählt: Gauck hat die Deutschen zu größerer Offenheit für Auslandseinsätze der Bundeswehr aufgerufen und zugleich eine gewisse Ignoranz der Bürger gegenüber den Streitkräften bemängelt.

Er stelle in der Bevölkerung auch eine Tendenz zum "Nicht-Wissen-Wollen" fest, kritisierte Gauck bei einem Besuch der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Es sei zwar menschlich, nicht mit Leid und Terror behelligt werden zu wollen, sagte Gauck. "Und dass es wieder deutsche Gefallene gibt, ist für unsere glücksüchtige Gesellschaft schwer zu ertragen." Aber: "Ohne uns' als purer Reflex kann keine Haltung sein, wenn wir unsere Geschichte ernst nehmen", mahnte der Präsident.

Nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters wich Gauck in seiner Rede an mehreren Stellen von seinem Manuskript ab - so findet sich unter anderem auch die Passage zur "glücksüchtigen Gesellschaft" nicht im Redemanuskript.

Die Abscheu gegen Gewalt sei zwar verständlich, und Gewalt werde immer ein Übel bleiben, sagte Gauck in Hamburg. "Aber sie kann - solange wir in der Welt leben, in der wir leben (...) - notwendig und sinnvoll sein, um ihrerseits Gewalt zu überwinden oder zu unterbinden", betonte Gauck. Gerade Deutschland wisse, dass Frieden, Freiheit und die Achtung der Menschenrechte vielfach nicht von allein entstünden. "Freiheit ist ohne Verantwortung nicht zu haben, sie entbehrt auch ihres Wertes und ihrer Würde ohne diesen Begriff", sagte der Präsident. Dies sei für Soldaten selbstverständlich, nicht aber in der Gesellschaft.

"Freiheit und Wohlergehen sehen viele als Bringschuld der Demokratie und des Staates", kritisierte Gauck. "Manche verwechseln Freiheit mit Gedankenlosigkeit, Gleichgültigkeit und Hedonismus." Eine funktionierende Demokratie erfordere aber auch Einsatz, Aufmerksamkeit, Mut "und eben manchmal auch das Äußerste, was ein Mensch geben kann: das Leben, das eigene Leben".

Im Gegenzug habe die Truppe einen Anspruch darauf, dass die Gesellschaft sich bewusst mache, was den Soldaten abverlangt werde und vor welche Aufgaben sie in Zukunft gestellt würden. "All das darf nicht allein in Führungsstäben und auch nicht allein im Parlament debattiert werden", forderte Gauck. "Es muss da debattiert werden, wo unsere Streitkräfte ihren Ort haben: in der Mitte unserer Gesellschaft." Derzeit aber sei die Bundeswehr im öffentlichen Bewusstsein nicht sehr präsent, und über ihre Einsätze werde nicht ausreichend in der Gesellschaft diskutiert.

"Diese Bundeswehr ist eine Stütze unserer Freiheit"

Gauck, der in der DDR als Bürgerrechtler aktiv war, würdigte die Bundeswehr als Parlamentsarmee im Gegensatz zur NVA, die eine unmenschliche Grenze gegen das eigene Volk militärisch abgesichert habe. "Diese Bundeswehr ist keine Begrenzung der Freiheit, sondern eine Stütze unserer Freiheit", betonte Gauck. Die Bundeswehr habe sich von unseligen militärischen Traditionen gelöst und sei heute fest verankert in einer lebendigen Demokratie. "Sie hat unser Zutrauen verdient", erklärte Gauck.

Gauck war in der Hansestadt von Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) und einer Ehrenformation des Wachbataillons in der Führungsakademie der Bundeswehr begrüßt worden. Der langjährige Pastor, der am 18. März zum neuen Bundespräsidenten gewählt wurde, hat damit in

seiner erst seit wenigen Wochen währenden Amtszeit bereits zwei strittige Themen angesprochen. Zuletzt hatte sich Gauck von der Islam-Rede seines Vorgängers Christian Wulff distanziert. Er könne Wulffs Satz, der Islam gehöre zu Deutschland, so nicht übernehmen, nehme aber "seine Intention" an, hatte Gauck Ende Mai in einem Interview mit der "Zeit" gesagt. Wulff habe die Bürger auffordern wollen, sich der Wirklichkeit zu öffnen. "Und die Wirklichkeit ist, dass in diesem Lande viele Muslime leben. (...) Ich hätte einfach gesagt, die Muslime, die hier leben, gehören zu Deutschland." Grünen-Chef Cem Özdemir hatte damals Gaucks Islam-Äußerungen kritisiert. "Wenn der Bundespräsident erklärt, dass Muslime, die hier leben, zu Deutschland gehören, dann gehört natürlich auch ihr Islam zu Deutschland", hatte Özdemir betont. Beim Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland stieß Gauck damals ebenfalls auf Unverständnis.

Auch seine Äußerungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr dürften bei den Bürgern nicht unumstritten sein. So plädierte die Mehrheit der Deutschen in Umfragen zuletzt für einen schnelleren Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

hen/Reuters/dpa

Zu viel des Lobs? Geteiltes Echo auf Gauck-Rede zu Bundeswehreinsätzen

13.06.2012 21:07 Uhr von Hans Monath und Antje Sirleschtov

<http://www.tagesspiegel.de/politik/zu-viel-des-lobs-geteiltes-echo-auf-gauck-rede-zu-bundeswehreinsaetzen/6747132.html>



Mittendrin. Joachim Gauck spricht in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg mit Kindern, die dort einen öffentlichen Kindergarten besuchen. - Foto: dpa

Der Bundespräsident will von den Deutschen mehr Anerkennung für ihre Soldaten. Die Frage ist, ob er den richtigen Ton getroffen hat.

„Glückssüchtig“, „Gedankenlosigkeit“: Es waren deutliche Worte, die der Bundespräsident am Dienstag an die Bürger richtete. Worte, die Joachim Gauck im Zusammenhang mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr unter anderem in Afghanistan sagte und die zumeist nicht sehr schmeichelhaft waren. Gauck hatte die Hamburger Bundeswehrakademie besucht und dort nicht nur ein uneingeschränktes persönliches Bekenntnis zur Armee der Deutschen abgegeben. Der Präsident forderte gleich auch noch die Bürger auf, sich verantwortungsvoller und intensiver mit ihrer Bundeswehr und den Folgen der Arbeit der Soldaten zu befassen.

„Mut-Bürger in Uniform“ nannte Gauck die Soldaten und lobte sie als Garanten der Freiheit. Tags darauf war jedoch kaum Kritik an den klaren Worten zu hören, obwohl vor allem im Lager der Opposition gerade die Kriegseinsätze der Bundeswehr über lange Zeit hinweg mit kritischem Blick begleitet werden. Doch zunächst lobten SPD und Grüne die Worte des Präsidenten artig, aber zurückhaltend und nur die neue Linken-Chefin Katja Kipping ätzte über Gaucks „Kriegsrhetorik“. Was angesichts der weit überwiegenden Skepsis hinsichtlich der Bundeswehr-Auslandseinsätze auch in der Bevölkerung überraschend anmutete. Doch die Zurückhaltung in den Parteizentralen hat offenbar weniger inhaltliche Gründe als sie vielmehr dem Bestreben folgt, dem Bundespräsidenten, der in letzter Zeit mehrfach öffentlichkeitswirksam das Wort ergriffen hatte, nicht jede Woche Haltungsnoten zu erteilen.

Gauck war in Hamburg deutlich geworden. Größere Offenheit für Auslandseinsätze der Bundeswehr forderte er und zugleich geißelte er eine gewisse Ignoranz der Bürger gegenüber den Streitkräften. In der Bevölkerung herrsche auch eine Tendenz zum „Nicht-Wissen-Wollen“. Es sei zwar menschlich, nicht mit Leid und Terror behelligt werden zu wollen, sagte Gauck. „Und dass es wieder deutsche

Gefallene gibt, ist für unsere glückssüchtige Gesellschaft schwer zu ertragen.“ Aber: „Ohne uns' als purer Reflex kann keine Haltung sein, wenn wir unsere Geschichte ernst nehmen“, mahnte der Präsident.

Gewalt werde immer ein Übel bleiben, sagte Gauck. „Aber sie kann – solange wir in der Welt leben, in der wir leben (...) – notwendig und sinnvoll sein, um ihrerseits Gewalt zu überwinden oder zu unterbinden“. Freiheit ohne Verantwortung sei nicht zu haben. „Freiheit und Wohlergehen sehen viele als Bringschuld der Demokratie und des Staates“, kritisierte Gauck. „Manche verwechseln Freiheit mit Gedankenlosigkeit, Gleichgültigkeit und Hedonismus.“ Diese Bundeswehr, stellte Gauck fest, „ist eine Stütze unserer Freiheit“.

Für einige Politiker von SPD und Grünen schien so viel Lob des Bundespräsidenten allerdings doch zu viel. So kritisierte der Grünen-Abgeordnete Hans- Christian Ströbele: „Ich habe Herrn Gauck diesmal nicht meine Stimme gegeben und fühle mich bestätigt“. Dem Tagesspiegel sagte er: „Den schmeichlerischen Ton gegenüber den Soldaten der Bundeswehr kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.“ Er habe wenig Verständnis dafür, dass Gauck „die Bundeswehr über den grünen Klee lobt und ans Herz drückt, ohne etwas Kritisches zu Afghanistan zu sagen“. Ströbele sagte, er vermisse „einen Satz zu Kundus und den mehr als 100 Toten, die die Bundeswehr dort zu verantworten hat“.

Noch härter ging der SPD-Abgeordnete Peter Danckert mit Gauck ins Gericht. Wer Menschen, die gegen Kriegseinsätze eintreten, vorwirft, sie verwechselten Freiheit mit Gedankenlosigkeit, sagte der Sozialdemokrat, „der verstößt gegen Grundprinzipien der Verfassung“, die den Einsatz von Soldaten auf den Verteidigungsfall beschränke. Den Vorwurf des Präsidenten, die Deutschen seien „glückssüchtig“ und würden sich daher schwer tun mit der Übernahme von Verantwortung für militärische Einsätze und auch deren Opfer, bezeichnete Danckert als „völlig deplatziert“. Habe Joachim Gauck eine Debatte über Auslandseinsätze und die Bundeswehr anstreben wollen, sagte der SPD-Politiker, dann sei das mit diesen Vorwürfen an die Menschen gescheitert.

Offener Brief des Internationalen Versöhnungsbundes - Deutscher Zweig an Herrn Bundespräsident Joachim Gauck

Minden, den 26. Juni 2012

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Gauck,

mit Entsetzen und Empörung haben wir Ihre Rede bei der Führungsakademie der Bundeswehr am 12.6.2012 vernommen.

Insbesondere sehen wir Ihre Rede sehr kritisch als eine Rechtfertigung und Verharmlosung von Kriegseinsätzen an. Wir wollen und können uns nicht damit abfinden, dass noch mehr (deutsche) SoldatInnen getötet werden und auch andere Menschen töten, was Sie im übrigen nicht erwähnen.

Eine Gesellschaft in diesem Kontext als "glückssüchtig" zu bezeichnen, finden wir sehr zynisch, da es nicht einfach um "Hedonismus" geht, von dem Sie an anderer Stelle sprechen, sondern um die Würde und das Recht auf Leben und Unversehrtheit, die jeder Mensch - egal ob als SoldatIn oder ZivilistIn - besitzt. Über dieses Recht setzen Sie sich mit Ihrer Rede hinweg, das ebenso für alle Menschen gilt wie z. B. für die Menschen, die im September 2009 im afghanischen Kundus bei der vom deutschen Oberst Georg Klein befohlenen Bombardierung getötet wurden.

Nach den neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ des Verteidigungsministers de Maizière gehört die Rohstoffabsicherung zu den „nationalen Interessen“ (Quelle s. u.). Es geht also nicht um die von Ihnen beschworene Freiheit, oder bedeutet Freiheit nach Ihrem Verständnis, dass die Bundesrepublik wie andere Industriestaaten die Freiheit hat, die Zweidrittel-Welt auszuplündern? Die Bundeswehr praktiziert die staatlich-institutionalisierte Aufhebung des in unserer Gesellschaft verankerten Tötungstabus. SoldatInnen erlernen dort die Anwendung tötender Gewalt.

Bereits das Erlernen, wieviel mehr die Androhung und erst recht die Anwendung tötender Gewalt stehen im direkten Widerspruch zur Gewaltfreiheit. Unseres Erachtens ist Gewaltfreiheit eine

unverzichtbare Voraussetzung, wenn nicht der Ermöglichungsgrund für jede Art menschlicher Kommunikation. Ohne Gewaltfreiheit ist die Achtung vor der Würde des Menschen nicht möglich. In diesem Sinne können wir es nicht verstehen, wenn Sie die "Ohne uns"-Haltung gegen eine neue Erstarkung des Militarismus in Deutschland kritisieren. Sie selbst bezeichnen (militärische) Gewalt als ein Übel, rechtfertigen sie aber als ein - manchmal notwendiges - Mittel, um andere Gewalt zu überwinden.

Uns geht es auch nicht nur um "Ohne uns": Sie ignorieren, dass es viele zivile, gewaltfreie Alternativen der Konfliktbearbeitung gibt, von denen einige als Ziviler Friedensdienst auch von der Bundesregierung finanziert werden. Dabei sind auch die zivilen Interventionen in Konflikte nach dem "Do no harm"-Ansatz von Mary B. Anderson mit der notwendigen Konfliktsensibilität durchzuführen, die wir bei militärischen Interventionen vermissen. Wenn nun Waffengewalt und Kriege Frieden schaffen würden, sozusagen als Ihre Lehre aus der Geschichte, dann müsste ja nach all dem Töten, den Zerstörungen und den Grausamkeiten, nach all den zivilen und militärischen Toten der letzten Jahrhunderte, der Weltfrieden schon längst ausgebrochen sein. Das ist er aber nicht.

Auch unser Lehrer und Bruder, der Wanderprediger aus Nazareth, in dessen Nachfolge Sie als Pfarrer stehen, war an dieser Stelle schon anderer Meinung als Sie.

Der Internationale Versöhnungsbund setzt sich seit 1914 für eine Kultur der Gewaltfreiheit ein und ist weltweit in über 40 Ländern vertreten. Seine Mitglieder haben in zahlreichen Projekten Erfahrungen damit gesammelt, Gewalt gewaltfrei zu überwinden. Bekannt geworden sind vor allem die Friedensnobelpreisträger Martin Luther King, Mairead Corrigan-Maguire und Adolfo Maria Pérez Esquivel. In der Hoffnung auf einen in dieser Hinsicht alsbald wirksamen Politikwechsel – für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung – verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

Dr. Matthias Engelke,
Vorsitzender des Internationalen Versöhnungsbundes - Deutscher Zweig Internationalen
Schwarzer Weg 8
32423 Minden

Zitierte Quelle:

vgl. Bundesministerium der Verteidigung (2011):
Die Verteidigungspolitischen Richtlinien.

http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/!ut/p/c4/LY1BDslwDARfRHznxiugXJCTWu6qiVMlbgv-qYT2MocZLb1pznhA2VGNM71oSbjHb4hlaOhlm7RN4P2oGY49sKnE6hLWup9FbNKQ5oIVepr-vT67T5u1ZxjE6Hk9HY21MC1Wb4mnQUcpx_b0Q5Q/

Einschätzung zur Rede des Bundespräsidenten von Jan Gildemeister, Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)

Ein wichtiges Thema war bei der Friedenskonsultation (zukünftig ökumenische Konsultation für Frieden und Gerechtigkeit) war die **Rede des Bundespräsidenten am 12. Juni vor der Führungsakademie der Bundeswehr:**

<http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2012/06/120612-Bundeswehr.html>.

Eine umfassende Bewertung der Rede aus christlich friedensethischer Sicht liegt mir noch nicht vor, daher einige erste Überlegungen:

Ziel der Rede: Die Rede zielt darauf, die Legitimität der Bundeswehr und ihrer Auslandseinsätze zu vermitteln und die Kluft, die es in der Bewertung zwischen der Bevölkerung und den Regierenden gibt, zu verringern.

Form: Er spricht stark die emotionale Ebene an und umgeht jegliche Auseinandersetzung inhaltlicher Kritik / Anfragen.

Wertebasis: unhinterfragt nennt er als Werte, die die Soldatinnen und Soldaten „verteidigen und schützen über die Grenzen unseres Landes hinaus“ „Freiheit und Sicherheit, Menschenwürde und Recht jedes Einzelnen auf Unversehrtheit“ (S. 2, 4. Absatz) (das, was uns am wichtigsten ist?!). und später als Ziele (der Bundeswehr): „verankert in der Demokratie“. Den Offizieren unterstellt Gauck „einen hohen Ethos“, ohne diesen inhaltlich zu füllen (S. 3, 1. Absatz).

Ziele der Bundeswehr: Frieden, Freiheit und die Achtung der Menschenrechte“ (S.4, Abs. 4) Die Bundeswehr hat „... einem „gerechten Frieden den Weg zu bahnen, indem sie beiträgt zur Lösung von Konflikten, indem sie friedliche Koexistenz zu schaffen sucht, dort wo Hass regiert.“ (S. 4, 5. Absatz), Staatszerfall, Terror und die systematische Missachtung der Menschenrechte (können auch uns treffen) (S. 4, 2. Absatz).

Begründung der Notwendigkeit der Bundeswehr: (s. 4, 3. Absatz:) Gewalt, auch militärische Gewalt kann in der Welt (einer nicht geheilten, sondern gespaltenen) „notwendig und sinnvoll sein, um ihrerseits Gewalt zu überwinden oder zu unterbinden“. Militär als „Motor der Verständigung“ („Wir“-Bildung), als „Friedensmotor“ (S. 6)

Begründung für den Soldatenberuf: Freiheit bedarf Verantwortungsübernahme (S.5, 1. Absatz). Funktionierende Demokratie bedarf Hingabe auch des eigenen Lebens (S. 5, Abs. 1/2). Dienen als Staatsbürger in Uniform. Liebe zum Heimatland (S. 5, Absatz 3 , 4).

Position zu Pazifismus: Zugleich Abgrenzung zu einem „Ohne uns“ (S. 4, Abs. 5) + Akzeptanz von Kriegsversehrten und Gefallenen (S. 4, Abs. 2)

Christlich-theologische Bezüge: von Begriffen „gerechter Krieg/Frieden, Bild der unerlösten Welt bis hin zum Wunsch „Gottvertrauen“.

Erste Bewertungen:

- Ziele + Möglichkeiten der Bundeswehr werden ideologisch verbrämt und nicht hinterfragt (Bsp.: Was kann die BW real gegen Terror, für Konfliktlösung etc. leisten)
- Es werden pauschale „große“ Begriffe verwendet („Freiheit“, „Frieden“)
- Christliche Begriff wie „gerechter Frieden“ werden durch den Kontext Aufgabe der Bundeswehr (nur) mit militärischem (und damit staatlichen) Handeln in Verbindung gebracht (kein Vorrang für ZKB ...)
- Staat wird mit Deutschland gleichgesetzt.
- Dienen wird – traditionell lutherisches Weltbild – im weltlichen Kontext – mit Staatsdienst gleichgesetzt.

Wie hält es Gauck mit der evangelischen Friedensethik?

Militärbischof nimmt Bundespräsidenten in Schutz: Gewalt nur als „äußerstes Mittel“

<http://www.idea.de/detail/frei-kirchen/detail/wie-haelt-es-gauck-mit-der-evangelischen-friedensethik.html>

Detmold (idea) – Hat der Bundespräsident der evangelischen Friedensethik widersprochen? Dieser Verdacht wurde in der Presse nach Joachim Gaucks Antrittsrede bei der Bundeswehr erhoben. Doch der Evangelische Militärbischof Martin Dutzmann (Detmold) widerspricht. Der Bundespräsident hatte bei seinem Vortrag an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg gesagt, dass militärische Gewalt immer auch ein Übel bleibe. Sie könne aber notwendig und sinnvoll sein, um ihrerseits Gewalt zu überwinden. Der evangelische Theologe Gauck würdigte die Bundeswehr als „Friedensmotor“ und bezeichnete ihre Soldaten als „Mutterbürger in Uniform“. Gauck: „Liebe Soldatinnen und Soldaten, Sie schützen und verteidigen das, was uns am wichtigsten ist, auch über die Grenzen unseres Landes hinaus: Freiheit und Sicherheit, Menschenwürde und das Recht jedes Einzelnen auf Unversehrtheit.“ Der Werbespruch der Bundeswehr „Wir. Dienen. Deutschland.“ bringe es auf den Punkt, so Gauck. Dutzmann dankte jetzt dem Staatsoberhaupt für die Aussage, Gewalt dürfe nur als „äußerstes Mittel“ eingesetzt werden. Das entspreche evangelischer Friedensethik und sei in der EKD-Denkschrift von 2007 in genau diesem Sinne formuliert. Er sei zudem dankbar, dass der Bundespräsident den Blick nicht nur auf abstrakte ethische Fragen lenke, sondern auch auf die konkreten Menschen, erklärte Dutzmann auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur idea. Gauck schenke damit

denjenigen Beachtung, die eine „glückssüchtige Gesellschaft“ nur schwer ertragen könne:
Verwundete, Traumatisierte und Gefallene.
(idea/19.06.2012)

Pressemitteilung des Bundesausschusses Friedensratschlag

<http://www.friedensnetz.de/Anfang>

Kassel, 13. Juni 2012 - Zur Rede des Bundespräsidenten bei der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg erklärte der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag in einer ersten Stellungnahme:

Es sollte eine Rede des hohen Tons und der großen Gefühle werden. Am Ende präsentierte Bundespräsident Joachim Gauck aber nur mächtige Worthülsen. Da war von "meiner Armee" und von "unseren Soldaten" als "Dienern" die Rede, von einer wahren "Armee des Volkes" als einem Teil des "Demokratiewunders", das die Deutschen 1989/90 geschafft hätten. Und da wurden die hehren Ideale und Ziele der Bundeswehr gepriesen, "Freiheit, Sicherheit, Menschenwürde und das Recht des Einzelnen auf Unversehrtheit" zu verteidigen - und zwar in der ganzen Welt.

Mit keinem Wort ging Gauck auf die Interessen der deutschen Wirtschaft ein, Märkte für den Export zu sichern, Handelswege notfalls "freizukämpfen" oder sich "freien Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen und Rohstoffen" in aller Welt zu schaffen. Das ist immerhin der unverblümete Auftrag der Bundeswehr in den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992, 2003 und 2011 und der Weißbücher 1994 und 2006. Horst Köhler hatte wegen eines etwas holprig daherkommenden Interviews vor drei Jahren auf diese Zusammenhänge aufmerksam machen wollen - und musste sein Präsidentenamt aufgeben. Offenbar hält sich Gauck an eine Grundregel der politischen Klasse: Über die ökonomischen Interessen der Politik spricht man nicht, man setzt sie nur durch.

Obwohl das Instrument Militär zum sensibelsten Bereich der Politik und des nationalen und internationalen Rechts gehört, existieren für Gauck weder das Grundgesetz der Bundesrepublik mit seinem den Krieg ächtenden Art. 26 und die Bundeswehr auf Landesverteidigung verpflichtenden Art. 87a, noch die UN-Charta mit dem strikten Gewaltverbot nach Art. 2,4, noch der Einigungsvertrag von 1990, der in Art. 2 definitiv verlangt, "dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird". Er stellt demnach auch nicht die Frage, ob Krieg völkerrechtlich oder ethisch sein darf, sondern ihn interessiert nur noch, ob militärische Einsätze "die gewünschten Ziele erreichen" oder "ob wir im Einzelfall die Mittel haben, die für ein sinnvolles Eingreifen nötig sind".

So ist der letzte Schritt nicht mehr weit: Für Gauck gibt es wieder den "gerechten Krieg". Originalton: "Sie (die Bundeswehr) hat unser Zutrauen verdient, nicht nur in Debatten um den 'gerechten Krieg' zu bestehen, sondern auch einem 'gerechten Frieden' einen Weg zu bahnen." Hätte der ehemalige Pastor und Kirchenfunktionär doch nur das Wort der deutschen Bischöfe aus dem Jahr 2000 zur Kenntnis genommen! Dort hatte sich die Kirche endgültig von Begriff und Konzeption des "gerechten Kriegs" verabschiedet.

In Kreisen der Bundeswehr wird die Rede Gaucks überschwänglich gefeiert und heute schon als "historisch" bewertet. In einem negativen Sinn soll sie es auch sein: Gauck soll mit seiner Lobrede die Köpfe und Herzen der Menschen für die Sorgen und Nöte der Soldaten öffnen, soll das einstmals beklagte "freundliche Desinteresse" an der Bundeswehr in eine begeisterte Zustimmung verwandeln. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr, der "Armee im Einsatz", werden - geht es nach den Plänen von Regierung und NATO - zunehmen. Dafür braucht sie zunehmend die Unterstützung der "Heimatfront". Gauck scheint der rechte Mann dafür zu sein.

Peinlich, dass er in seinem Eifer nicht merkt, dass die Bundeswehr dabei ist, das zu werden, was er zu Beginn seiner Rede so heftig kritisiert: Mit Blick auf die DDR geißelt er dort "Aufmärsche" und "die Militarisierung der Schulen". Hat er denn noch nicht von den öffentlichen Gelöbnissen, der Präsenz der Bundeswehr bei Volksfesten und Messen oder der Teilnahme von Presseoffizieren an Schulveranstaltungen gehört?

Eines können wir nicht nur für den Bundesausschuss Friedensratschlag, sondern für die Friedensbewegung insgesamt sagen: Von diesem Präsidenten werden wir nicht vertreten.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag:
Peter Strutynski (Sprecher)